

Ercheint Dienstag, Donnerstag und Samstag. Bezugspreis für den Monat durch Post 3 Mark; durch die Post (einschließlich Postgebühren) pro Quartal 9 Mark. Der Sonntag, für Abonnenten der Zeit. monatlich 100 Pfg. für Nichtabonnenten 1.50 M. Fernsprecher Nr. 6. — Telegr.-Adresse: Volkszeitung Heinsberg.

Heinsberger

Volks-Zeitung

Verantwortl. für den redaktionellen Teil: H. J. W. Joppen.

Für Wahrheit, Freiheit und Recht.

Rotationsdruck u. Verlag von H. J. W. Joppen, Heinsberg.

Offene Antwort

auf den an mich gerichteten offenen Brief der Sozialdemokratischen Partei des Kreises Heinsberg.

Die soziald. Partei hat mir als Antwort auf meine in der „Heinsb. Volksz.“ veröffentlichten Artikel die Ehre gegeben, ein Flugblatt zu widmen. Zunächst ist die soziald. Partei enttäuscht darüber, daß ich sie mit Kommunisten und Spontaneisten auf eine Stufe gestellt hätte. Ich habe in dem betr. Artikel gesagt: Eigentum ist Diebstahl — sagen die Kommunisten. — Wenn die Partei mit den Kommunisten nichts zu tun haben will, dann braucht sie sich über den Satz auch nicht aufzuregen. Im übrigen hat aber die Veranlassung zum letzten Samstag bewiesen, daß sie tatsächlich in ein Horn tuten. Das Flugblatt sagt: Jeder Arbeiter hätte mich dahin belehren können, daß sie die soziald. Partei, nichts anderes wolle, als die Vergesellschaftung der Großbetriebe. Da kommen wir auf den Sozialismus als Wirtschaftssystem zu sprechen. — Sozialismus ist das moderne Schlagwort. — Wenn die Heinsberger Sozialdemokraten wissen wollen, was namhafte ihrer Führer darüber augenblicklich sagen und schreiben, dann verweise ich auf die eben erschienenen Schriften des Bundestagsabgeordneten Barth und des Sozialisten Cohen, die Klipp und Klar erklären: Sozialismus ist Unfuss, wenn sie die Produktion nicht steigert, und das ist unter den heutigen Verhältnissen unbedingt der Fall. — Aber solche Bücher, die die Wahrheit sagen, kommen der Sozialdemokratie vor den Wahlen immer ungeliegt, dann redet man gewöhnlich anders, dann muß man den Massen einen Rüber werfen.

Wenn wir die Stellung des Sozialismus zur Religion betrachten, dann kommen wir zur weltanschaulichen Seite. — Als System ist er rein materialistisch, d. h. er lehnt einen persönlichen Gott und den Jenseitsglauben ab. So hat Weber öffentlich erklärt: Wir streben auf wirtschaftlichem Gebiete den Sozialismus und auf religiösem Gebiete den Nihilismus. Ein andermal hat Weber gesagt: Sozialismus und Christentum stehen einander gegenüber wie Feuer und Wasser; und so haben sich noch mehrere hervorragende Sozialisten ausgesprochen bis in die jüngste Zeit hinein. Herr Weber ist aber noch weiter gegangen. In seinem Buche „Die Frau in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft“ wollte er auch die Ehe abschaffen und die Familie auflösen wissen. Wenn die soziald. Partei Herrn Weber und die andern jetzt deshalb bedauern will, so kommt sie damit reichlich spät, das hätte sie eher tun sollen.

Das Flugblatt stellt es so dar, als ob es eben und allein die Sozialdemokratie gewesen sei, die der Kirche die Freiheit verschafft hätte, die sie jetzt hat. Das nimmt sich merkwürdig aus wenn man sieht, wie eben die Sozialdemokratie es ist, die die Kirche und Religion aus dem öffentlichen Leben verbannt, die den Geistlichen den Zutritt zu den Schulen wehren will, die sie es in Frankreich getan, jeden Funken religiöser Erziehung unserer Kinder verwehren will. Was wird aus den Kindern, die von Religion keine Ahnung mehr haben? — Sie hat es damit sehr eilig, denn wir sehen, wie in Städten wie Düsseldorf, Wittenberg u. a., wo sie jetzt schon die politische Macht in der Hand hat, sie sogar vor einem Versuch der Versammlung auf deren Zustandekommen sie sich so viel angute tut, nicht zurückzutreten und jetzt schon weltliche, d. h. religiöslose Schulen mit religiöslosen Lehrern einrichten will. Da kommt ihnen ihr Oberhaupt, Minister Gumbel in Berlin sehr gerne entgegen. Wie sehen an diesem Beispiel schon, wohin der Kurs geht. Ein trauriger Beweis für die Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie jeder Richtung ist die, namentlich in unsern Tagen so eifrig betriebene Propaganda für den Austritt aus der Kirche. Wenn die Religion Privatangelegenheit ist, warum dann diese eifrige Tätigkeit? — Es verdrängt sich eben nicht miteinander, Mitglied jeder Partei und zugleich Anhänger der Kirche zu sein.

Aus allem ergibt sich die Stellung der Sozialdemokratie zu den zehn Geboten aus dem selbst: ich brauche darauf nicht weiter einzugehen. Auch der Programmsatz „Religion ist Privatangelegenheit“, wird noch lange nicht von allen Sozialdemokraten, auch von maßgebenden und führenden und von der Presse nicht, als wohlwollende, oder wenigstens stillschweigende Toleranz ausgesprochen und angewendet, wie das in dem Flugblatt behauptet wird. Was aus sozialdemokratischer Seite an Verhöhnungen, Beschimpfungen, Verhöhnungen und Verleumdungen der kath. Kirche und ihrer Einrichtungen und ihrer Priester schon geleistet worden ist, davon hat wohl der Verfasser keine Ahnung, es könnte ihm darüber auch jeder Arbeiter, auch jeder sozialdemokratische eines Besseren belehren; übrigens begnügt es in einer Reihe von Fällen auch die Gerichtsinstanzen. Wenn es damit jetzt anders werden sollte, so wäre das zu begrüßen; ich für meine Person bin so verstockt, nicht daran zu glauben, wohl glaube ich, daß die soziald. Partei in Heinsberg, wenigstens vorläufig, eine andere Taktik befolgen wird, als in den Großstädten; das hat seine besonderen Gründe.

Aus persönlichen Erfahrungen folgendes:

Es hat eine Zeitperiode gegeben in meinem Leben, wo ich eben auch nichts zu verlieren hatte und der Kampf ums Dasein für mich schwer und ziemlich aussichtslos war. Da habe ich auch den Gedanken erwogen, ob Christentum und Sozialdemokratie sich nicht vereinbaren ließen. Der Anschluß an die Sozialdemokratie hätte mir gleich gewisse Vorteile verschafft. Aber ich mußte den Gedanken verworfen, so sympathisch er mir auch an sich gewesen wäre. Ich sah die Unmöglichkeit ein, ein kath. Christ und zugleich Sozialdemokrat zu sein. Aber auch jeder aufrichtige, entschiedene Sozialdemokrat sieht es ein, darum bricht er auch vollständig mit dem Christentum und haßt und bekämpft es als etwas, das dem freien Genießen, dem menschlichen Genußleben und der menschlichen Natur entgegen ist.

Allerdings, ein Nihilist sein, — ein Scheingott, — der mit der Kirche eben äußerlich so viel in Verbindung bleibt, daß er sich ein kirchliches Beglaubigungsschild, — das kann man; — aber ein wahrer Christ sein, — so wenig wie eine ausgeblutete Gierhale ein wahres Ei ist.

Ich muß gestehen, daß ich durch die Ausführungen des Flugblattes in keiner Weise eines Besseren belehrt, oder besser gesagt, in meiner Ueberzeugung irre geworden bin, so schneidig und fliehend dieselben auch geschrieben sind. Ob das nun an meiner persönlichen Bosheit liegt, oder an der Unwahrscheinlichkeit der Ausführungen, will ich nicht entscheiden. Die Gewissenshaftigkeit, wie Wagner, abnungsvoller Schöpfer u. w., die mir, freilich nicht direkt, aber indirekt zu teil werden, halte ich dem Verfasser zu Gute. Es ist das eben sozialdemokratische Art. Ich bin schon vor vielen Jahren viel mit Sozialdemokraten in Verbindung gekommen und habe eine ziemlich Anzahl erkannt. Ich habe solche erkannt, die anständig, ehrlich, i. e. h. würdevoll Menschen waren, ausserordentlich freundlich und gefällig. Sobald aber das Gespräch auf die Religion und die Geistlichkeit kam, veränderte sich sofort ihr Wesen und ihr Ton und sie erweiterten alsdann eine Schiffsfelle, die man ihnen nicht angetraut hätte. Das der „Heinsb. Volksz.“ auch gleich auf das Zentrum Absprang, ist selbstverständlich.

An das gleiche Dreiklassenwahlrecht haben andere Parteien mit Rücksicht festgehalten als das Zentrum; dieses ist dadurch benachteiligt worden, so gut wie die Sozialdemokratie und es hat auch immer verlangt und ist zur Wählhilfe bereit gewesen, es zu beistehen. Das müßte der Verfasser des Flugblattes wissen, und wenn er es nicht weiß, so ist es mit seinem politischen Wissen auch nicht weit her. Ich will in seinen Ton nicht verfallen, sonst würde ich ihm was anderes sagen.

Das Flugblatt sagt: Die Sozialdemokratie hat sich durch die Revolution nicht bereichert. Die Sozialdemokratie als Partei! — Das nehme ich an. Ich habe keinen Grund zu dem Verdachte, daß Revolutionserfolge in die sozialdemokratische Parteikasse geflossen sind. Aber wie spricht man von den Milliarden Vertriehen, die verschoben wurden? — Was für einen Hoffnungsstand und was für einen Frieden hätten wir bekommen, wenn die Revolution nicht gekommen wäre? — Der Verfasser wird während der Revolution nicht jedem Genossen auf die Finger gesehen haben. — Ich bleibe bei meiner Meinung; ob der Verfasser vom Gegenteil derselben so fest überzeugt ist, als er sich den Anschein gibt, lasse ich dahingestellt. Die Leser mögen darüber urteilen. — Das Flugblatt schließt wie folgt: „Wir laden Sie auch ein, sich in unseren Versammlungen an der Diskussion zu beteiligen. Wir möchten Ihnen gern dabei ins Auge sehen und für Ihre einzelnen Behauptungen genaue Begründung hören.“ — Was soll ich in einer sozialdemokratischen Versammlung, wo jedem Diskussionsredner nur fünfzehn Minuten Redezeit gegönnt ist? Da ist es wahrhaftig nicht möglich, auch nur im Kleinen all die Punkte zu behandeln, die da vorgetragen werden, zu widerlegen. Da müßte man schon die dreifache Zeit des Referenten zur Verfügung haben. Ich meinerseits möchte den Verfasser zu unsern Zentrumsversammlungen einladen. Ich hätte gewünscht, er wäre am vorigen Freitagabend in denselben gewesen und hätte da Veranlassung genommen, die in dem Flugblatt aufgestellten kühnen Behauptungen zu begründen und zu beweisen.

Der Verfasser bezeichnet die Heinsberger Volkszeitung, die er fälschlich mein Redblatt nennt und als deren Mitarbeiter er mich ohne weiteres erklärt hat, politisch gleich null. Aber warum ist er denn so in Form gegen sie? — Was man für gleich null hält, darüber regt man sich doch nicht auf! Mir drückt, daß diese politische Null doch mehr in seine politische Rechnung hineinspielt, als ihm lieb ist.

Josef Kremers, Heinsberg.

Mit einem Worte — viele Worte darüber zu verlieren, lohnt sich wahrhaftig nicht — sei es aus Ansehen, auf die sozialdemokratische Versammlung am Samstagabend einzuweisen. Der Reichsanwalt Dr.

Arno Belter hat dort gegen Redaktion und Verlag der Heinsberger Volkszeitung „große Töne“ geschlagen. Der gesunde Sinn der Redaktionsleitung hat sich hierüber ihr Urteil selbst gebildet. Sapiamti sat! (Dem Belter genug!) Wir brauchen wohl nicht zu betonen, daß die Heinsberger Volkszeitung auch in Zukunft der sozialdemokratischen Partei energisch und gleichmäßig entgegen treten wird.

Solches möchten wir unseren Lesern nicht vorenthalten: Im „Echo der Gegenwart“ (Machen), vom 21. Februar heißt es in einem „Das Kasseler Wahlresultat“ überschriebenen Artikel u. a.: an persönlichen Angriffen, Lügen und Verleumdungen leistete die rote Presse das Unmöglichste.

Nach der Wahl.

Das vorläufige Gesamtergebnis von Köln-Rhein

erhielt folgende Stimmen: Zentrum 472.540, Reichsbürger 164.459, Deutsche Volkspartei 78.388, Demokraten 29.863, Deutschnationale 49.404, Unabhängige Sozialisten 8.580, Kommunisten 45.762, Fraktionslos 125. Es erhalten demnach: Zentrum 11, Reichsbürger 1, Deutschnationale 1, Kommunisten 1 Stg.

Vom Zentrum sind demnach gewählt: 1. Prof. Dr. Baumbach, Bonn. 2. Dr. Oberbiller, Dr. Bauer, Köln. 3. Generalsekretär Dr. Baumbach, Köln. 4. Staatssekretär Dr. Baumbach, Köln. 5. Landtagspräsident Dr. Baumbach, Köln. 6. Landesminister Dr. Baumbach, Köln. 7. Generalsekretär Dr. Baumbach, Köln. 8. Landesminister Dr. Baumbach, Köln. 9. Landesminister Dr. Baumbach, Köln. 10. Landesminister Dr. Baumbach, Köln. 11. Landesminister Dr. Baumbach, Köln.

421 Abgeordnete.

Berlin, 22. Febr. Nach den bisherigen Feststellungen erscheinen 421 Abgeordnete als gewählt. Sie treten nach 22 Abgeordnete des Kreises Rhein in Oberhessien von dem bisherigen Landesausgleich. Die Gesamtzahl beträgt also 421. Es sind dies:

Zentrum	90
Reichsbürger	114
Deutsche Volkspartei	57
Deutschnationale Partei	73
Demokraten	26
Reichsbürgerpartei	4
Unabhängige	28
Kommunisten	30

In diesem Zusammenhang mögen die Fraktionsführer aus der alten Preussischen Landesversammlung mitgeteilt werden. Es besaßen:

Regierungskoalition: Zentrum 88, Demokraten 65, Reichsbürger 145 Mandate, zusammen 298.
Opposition: Deutschnationale 50, Deutsche Volkspartei 21 und Unabhängige 24, zusammen 95 Mandate.

Wie wird die neue Regierung aussehen?

Deute fand in Berlin eine Debatte zwischen den in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die durch die preussischen Wahlen geschaffene Lage. Es herrschte volle Einmütigkeit darüber, daß auf eine Lösung hingewirkt werden müsse, bei der die Regierungen in Preußen und in den Ländern von derselben Partei koalition getragen werden muß. Es wurde vereinbart, daß von diesem Gesichtspunkt aus ein einheitliches Vorgehen bei der Reichsregierung vertretenen Parteien bei der Neubildung der preussischen Regierung angestrebt werden soll.

Die Sozialistische Korrespondenz schreibt zum Anlaß der Wahlen: Die alte Koalition verfiel im neuen Landtag über eine durchaus sichere Mehrheit. Die Sozialdemokratie verlor ferner Reichsleute, mit der Deutschen Volkspartei in einer Regierung zusammenzufassen. Die Korrespondenz sagt ferner: Sollten die Demokraten oder das Zentrum vom Reich aus durch allgemeine politische Ermahnungen anders orientiert sein, so würde die Sozialdemokratie fernerhin an der Neubildung der preussischen Regierung mitwirken können.

Nach Berlin wird gedruckt:

Obwohl das Ergebnis der preussischen Landtagswahlen noch nicht vollständig vorliegt, und ein Urteil über den Ausfall der Wahlen noch nicht zulässig, ergeben sich eine Reihe Berliner Blätter, bereits in allerhand Mitteilungen über die Regierungsbildung in Preußen und auch über die Erweiterung der Regierung im Reich. Es handelt sich bei allen diesen Mitteilungen, wie wir ausdrücklich feststellen in der Lage sind, um leere Mutmaßungen, deren tatsächliche Begründung vorerst fehlt. Es läßt sich im Augenblick noch gar nicht übersehen, wie die Zusammensetzung des preussischen Landtages sich gestalten wird. Wohl ist mit einer Schwächung der bisherigen Regierung in Preußen und ein Erhalten der Reichsregierung zu rechnen; wie weit aber die Schwächung der Regierungsbildung auf der einen Seite und das Wachen der Oppositionsparteien rechts und links geht, darüber läßt sich noch gar nicht sagen. Die endgültigen Wahlergebnisse der Reichstagswahlen werden, wie wir hören, vor Mittwoch nicht vollständig vorliegen, so daß man mehr oder minder auf Mutmaßungen angewiesen ist.

Selbstfalls wäre es verfehlt, vor dem Vorliegen der endgültigen Wahlergebnisse schon jetzt die Art der Regierungsbildung in Preußen und einer eventuellen Erweiterung der Reichsregierung näher zu streifen. Was übrigens die Frage der Regierungsbildung in Preußen anlangt, so wird von einer massenden Verunsicherung berichtet, daß der Eindruck geradezu ist, daß die Reichsbürgerpartei die sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach den letzten Reichstagswahlen nicht folgen werde, sondern Wert darauf legt, in der Regierung zu bleiben. Auch für den Fall, daß eine Erweiterung der preussischen Regierung durch die Deutsche Volkspartei, mit deren Stärke im preussischen Landtag aller Voraussicht nach zu rechnen ist, erfolgen würde. Eine solche Erweiterung der Regierung in Preußen würde voraussichtlich zur Folge haben, daß die Sozialdemokratie aus im Reich die bisherige Regierungsmehrheit, der sie bekanntlich bis jetzt eine wohlwollende Oppositionstellung gegenüber einnahm, entfallen würde.

Sollten die preussischen Wahlen dieses Ergebnis haben, so würden wir das von unserem Standpunkt aus nur begrüßen können, denn aus innerpolitischen Gründen haben wir stets den Standpunkt vertreten, daß eine Erweiterung der Reichsregierung durch den Eintritt der Sozialdemokratie nicht nur erwünscht, sondern erforderlich ist. Es sind im gegenwärtigen Augenblick ganz besonders aus innerpolitischen Gründen, die eine Einmütigkeit der Reichsbürgerpartei zur Reichsregierung als bedingt erforderlich erscheinen läßt. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen in London ist eine Stärkung der Reichsregierung nach außen hin mehr als erwünscht.

Weitere Wahl-Ergebnisse.

Heinsberg, 21. Febr. Bei der Kreiswahl fielen auf Zentrum 13.231, Deutschnationale 310, Deutsche Volkspartei 331, Reichsbürger 123, Reichsbürger 336, Unabhängige 123, Kommunisten 439.

— Köln, 21. Febr. Es wurden abgegeben: Zentrum 17.781, Deutschnationale 107, Deutsche Volkspartei 783, Demokraten 429, Reichsbürger 1747, Kommunisten 900, Unabhängige Sozialisten 16.

Kreisstag: Zentrum 19, Reichsbürger 2, Deutsche Volkspartei 1, Demokraten 1 Abgeordnete.

— Köln, 21. Febr. Das Gesamtergebnis der drei Wahlen im Kreise Köln fielen auf: 1. Landtag: Zentrum 16.214 (15.744), Deutschnationale 648 (512), Deutsche Volkspartei 777 (717), Reichsbürger 150 (81), Reichsbürger 633 (589), Unabhängige 34 (101), Kommunisten 1018 (0). Die in den Kreisen abgegebenen Wahlen sind die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920: 2. Provinziallandtag: Zentrum 16.179, Deutschnationale 638, Deutsche Volkspartei 788, Reichsbürger 636, Unabhängige Sozialisten —, Kommunisten 975. 3. Kreisstag: Zentrum 14.381, Vereinigte Ortsverbände des Rhein. Bauernvereins der Bürgermeisterei Niederkrüchten 1213, Vereinigte Reichsbürger 1139, Reichsbürger 667, Kommunisten 922. Insgesamt abgegebenen Stimmen 18.042.

— Köln, 21. Febr. (Kreisergebnis). Landtag: Zentrum 16.161, Reichsbürger 1270, Unabhängige 2.756, Deutsche Volkspartei 2.332, Deutschnationale 1.617, Demokraten 945, Kommunisten 2.929.

Die Reichstagswahlen.

Berlin, 22. Febr. Auf Grund der Reichstagswahlen in Preußen und Schleswig-Holstein ergibt sich unter Berücksichtigung der noch benachteiligten Reichstagsmitglieder vom 6. Juni 1920 folgende Verschiebung innerhalb der Parteien des Reichstages. Zahl der Abgeordneten:

Deutschnationale	bisher 66, jetzt 71.
Deutsche Volkspartei	bisher 62, jetzt 65.
Bayerische Landespartei	bisher 5, jetzt 5.
Zentrum	bisher 67, jetzt 68.
Bayerische Volkspartei	bisher 21, jetzt 21.
Bayerischer Bauernbund	bisher 4, jetzt 4.
Demokraten	bisher 45, jetzt 40.
Sozialdemokraten	bisher 113, jetzt 108.
Unabhängige	bisher 30, jetzt 31.
Kommunistische Partei	bisher 24, jetzt 26.
Gesamtzahl	bisher 426, jetzt 430.

Nachrichten vom Tage.

Der nationale Trauertag.

Berlin, 21. Febr. Das Reichsministerium des Innern hat dem Reichsrat einen Gesetzentwurf über den allgemeinen Trauertag vorgelegt. Er besteht aus einem einzigen Paragraphen: „Der 6. März 1921 wird zum allgemeinen Trauertag für die Opfer des Krieges erklärt.“ In der Begründung wird gesagt, daß die Reichsregierung in dem erwähnten Entschluß eine Bestätigung dafür erblickt, daß „weite Kreise des Volkes dem Gefühl der Trauer über die Opfer zu widmen, die der Krieg dem Staat und dem einzelnen auferlegt hat. In diesem Tage mögen sich alle Volksgenossen eins fühlen in dem Gedanken

